

Herrn Landrat
Stephan Pusch

im Hause

Kreistagsfraktion
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg
Tel. 02452/131730
Fax 02452/131735

Gruene-Fraktion@Kreis-Heinsberg.de
www.gruene-kv-heinsberg.de

Fraktionen im Kreistag z. K.

28. 02.14

**Antrag nach § 5 GeschO zur Beratung in der nächsten Kreistagssitzung
Resolution des Kreistages an die Bundesregierung „Finanzielle Entlastung der Kommunen
zügig umsetzen“**

Sehr geehrter Herr Pusch,

in Ihren Ausführungen zum Haushaltsentwurf 2014 am 21. 11. 13 haben Sie die „dringend notwendigen strukturellen Veränderungen in der Finanzausstattung der Kreise“ angesprochen. „Der Bund muss hierzu schnellstmöglich das Heft des Handelns übernehmen, ... um einen wichtigen Beitrag zur Abmilderung der kommunalen Finanznot zu leisten.“

Dem stimmen wir voll und ganz zu.

Im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ist vereinbart, die Kommunen im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von rund 5 Mrd. Euro jährlich von der Eingliederungshilfe zu entlasten. Ein Zeitplan darüber, wann dieses Gesetz verabschiedet wird, existiert allerdings nicht. Bundestagsabgeordnete berichteten uns kürzlich, dass frühestens 2016 damit zu rechnen sei. Dies ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

Der Zuschussbedarf im Kreishaushalt für soziale Leistungen steigt 2014 um drei Mio. davon 400.000 für die Eingliederungshilfe. Es sind also weitere Verbesserungen der kommunalen Finanzausstattung bzw. Entlastungen der Sozialen Sicherung notwendig.

Die Zahl der Menschen mit Behinderung und Unterstützungsbedarf steigt jedes Jahr weiter an.

Entsprechend steigen die Kosten der Eingliederungshilfe weiter.

Ein eigenständiges Bundesleistungs- und Teilhaberecht, das aus der Sozialhilfe herausgelöst werden muss, zur Sicherung der Inklusion von Menschen mit Behinderung, ist daher zeitnah umzusetzen – auch im Sinne der Betroffenen, um mehr Selbstbestimmung und Teilhabe zu ermöglichen. Dies kann und darf u. E. nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Wir beantragen daher, in der nächsten Kreistagssitzung am 20. 3. 14 eine Resolution an die Bundesregierung und den Bundestag zu richten sowie die Wahlkreisabgeordneten Oellers und Spinrath darum zu bitten, die Forderungen des Kreises Heinsberg in ihren Fraktionen zu unterstützen.

Resolution

Der Kreis Heinsberg begrüßt die Vereinbarung im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 18. Wahlperiode, dass die Kommunen im Rahmen eines Bundesteilhabegesetzes von der Eingliederungshilfe entlastet werden sollen.

Die Städte und Gemeinden warten dringend auf ein deutliches Signal angesichts ihrer hohen Verschuldung und angespannten Haushaltslage trotz guter Konjunktur. Ursache ist hierfür insbesondere der hohe Anteil an kommunal nur wenig zu beeinflussenden Kosten der Sozialen Sicherung. Bei jährlich ansteigenden Kosten für die Eingliederungshilfe erwarten wir von der Bundesregierung eine Entlastung der Kommunen spätestens im Jahre 2015 verbunden mit einem Wandel hin zu individuellen Unterstützungsangeboten für Menschen mit Behinderung, die Teilhabe und Selbstbestimmung fördern.

Mit freundlichen Grüßen



Maria Meurer
Fraktionsvorsitzende